VR-07 (V-103)-007 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Lene Greve (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 7 bis 14:
~~Wir werden uns den Herausforderungen, der Angst und den Zweifeln stellen. Angst haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus anderen Ländern kommen und zweifeln, ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Es gibt auch viele Menschen, die daran zweifeln, ob "Migration" am Ende nicht auch zu Problemen führt, die sie selbst betreffen werden.~~

~~Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in Maßnahmen, Zahlen und Wahrheiten, sondern auch in Gefühlen.~~

Diese Stimmungsmache dient der Ablenkung von der strukturellen Gewalt des Neoliberalismus, welche die Lebensgrundlagen und Würde aller Menschen weltweit untergräbt – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem Pass. Das Schüren von Angst vor Migrant:innen soll von der vollen Verwirklichung der sozialen, kulturellen und politischen Grund- und Menschenrechte abhalten. Es dient neben den politischen Parteien der extremen Rechten in erster Linie den wirtschaftlichen Nutznießern der weltweiten Ausbeutung und Unterdrückung.

Entgegen dem Appell zum nationalen Zusammenhalt gegen vermeintliche Bedrohungen von außen besteht unsere Herausforderung darin, Gleichheit, Freiheit und Solidarität in Zusammenarbeit von Partei und zivilgesellschaftlicher Bewegung zu verwirklichen.

Begründung

Im Ursprungstext werden die Angst vor Rassismus und Angst vor „Migration" äquidistant benannt.

Nicht Migrant:innen, sondern schlechte Lebensverhältnisse, Erniedrigung, Verrohung und Konkurrenz sind das Problem. Statt die herrschenden Unterdrückungsverhältnisse aggressiv zu beschönigen und sich an der Verschärfung dieser Zustände zu beteiligen, ist an der Zeit, dass wir uns stringent für ihre Überwindung einsetzen.

Die extreme Rechte in Europa hat Migrant:innen – insbesondere aus muslimischen Ländern – als Projektionsfläche aller (stets außerhalb der „Mehrheitsgesellschaft" verorteten) Übel auserkoren. Sie drängt nach repressiven Maßnahmen – hierzulande: der Schließung von Moscheen, der Abschiebung von straffälligen Geflüchteten oder der dem Ausbau des Verfassungsschutzes – die erniedrigend, aufklärungswidrig und damit selbst Bestandteil struktureller Gewalt sind.

Staatliches Handeln, das in dieser Weise die bereits vorhandene Unterdrückung restriktiv zuspitzt, forciert durch die Absage an Anteilnahme und Aufklärung auch die gewaltförmige Auseinandersetzung innerhalb der Bevölkerung. Die Asylrechts-Abwicklungen im Laufe des letzten Jahres sind mitverantwortlich für die Zunahme rassistischer Gewalttaten gegen Geflüchtete.

Grüne Politik darf rechter Hetze nicht durch Demagogie wie „meine Tochter hat Angst vor Männern mit Migrationshintergrund" und rassistische Sprachbilder wie „das Gift des Islam" nachgeben. Die

Vollendung der Grund- und Menschenrechte einschließlich der vollständigen Wiederherstellung als Lehre aus der Überwindung des deutschen Faschismus muss zu unserer obersten Leitlinie werden.

weitere Antragsteller*innen

Svenja Horn (KV Hamburg-Mitte); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Ali Demirhan (KV Herzogtum Lauenburg); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Hans Schmidt (KV Bad Tölz-Wolfratshausen); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Elisabeth Dorff (KV Rastatt/Baden-Baden); Andreas Kleist (KV Coburg-Land); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Jens Pommer (KV Düsseldorf); Andreas Müller (KV Essen); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Marco Petrikat (KV Köln); Bogusz Schmidt (KV Berlin-Reinickendorf); Walter Zuber (KV Aurich-Norden); Elina Schumacher (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Niclas Christ (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); sowie 34 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.